

Deutsche Staatsangehörigkeit: Wussten Sie schon – Ihnen gehört zur Zeit nichts!

26. Juli 2018 <https://www.pravda-tv.com/2018/07/deutsche-staatsangehoerigkeit-wussten-sie-schon-ihnen-geho%cc%88rt-zur-zeit-nichts/>



Mit dem „Personalausweis“, der Sie als „Personal“ degradiert, gehört Ihnen nichts! Kein Sparvermögen, kein Haus oder Eigentumswohnung. Was ist jetzt zu tun?

Es wird verdeutlicht, dass ein Reisepass oder Personalausweis nicht ausreicht, Ihre deutsche Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Wenn Sie beispielsweise als Deutscher in den USA oder Russland eine Firma gründen wollen, verlangen die dortigen Behörden Ihren Staatsangehörigkeitsausweis, dass Sie Deutscher sind.

Noch nie davon gehört? Diesen Ausweis erhalten Sie beim Landratsamt, und er kostet nur 25,- Euro. Wieso erhalten wir dieses Dokument nicht automatisch mit der Geburt? Wieso macht die BRD den Staatsangehörigkeitsausweis zur Geheimsache?

Nur mit dem Staatsangehörigkeitsausweis gehört Ihnen wieder etwas, und Sie können wieder Ihre Bürgerrechte (laut Grundgesetz die so genannten „Deutschenrechte“) beanspruchen.

Ein Interview mit Max von Frei, dem Autor von [“Geheimsache Staatsangehörigkeit: Freiheit für die Deutschen“](#)

Dieter Wiergowski:

Ist die BRD wirklich ein Staat oder nur ein Unternehmen mit beschränkter Haftung (GmbH)?

Max von Frei:

Würde mir ein Polizist diese Frage stellen, würde ich sagen: „Fangfragen beantworte ich nicht!“

Dieter Wiergowski:

Wieso? Wissen Sie denn worauf ich hinaus will?

Max von Frei:

Natürlich. Doch um rechtlich korrekt in das Thema einsteigen zu können, müssen wir erst einmal die Begriffe und Rechtsebenen erklären, um verstehen zu können.

Innerhalb der Besatzungszonen wurden Verwaltungsgebiete gebildet, die sich seit 1945 als „Staaten“ bezeichnen dürfen. Die BRD ist die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Die Länder der BRD dürfen sich gemäß der Proklamation Nr. 2 „Staat“ nennen. Es handelt sich dabei allerdings um von den Alliierten festgelegte Verwaltungsgebiete. Bayern beispielsweise umfasst ganz Bayern, so, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.

Um als Verwaltungsorgan der Alliierten geschäftlich tätig werden zu können, darf die BRD beispielsweise die „Finanzagentur Deutschland GmbH“ unterhalten. Sie ist deswegen aber keine GmbH ([Konstrukt Deutschland: Wer oder was ist eigentlich der BUND](#)).

Dieter Wiergowski:

Ist demnach die BRD das ausführende Organ der Alliierten?

Max von Frei:

Ja, das war sie von Anfang an, und ist sie bis heute. Allerdings wollen unsere Politiker öffentlich natürlich nicht das ausführende Organ einer fremden Macht sein und desinformieren seit Adenauer das deutsche Volk, indem sie versuchen, unsere Geschichte zu verfälschen. Sie wollen gerne große Politiker sein, um mit dem wirtschaftlich starken „Germany“ zu glänzen, wissen meist jedoch, dass dem nicht so ist. Sie vertreten lediglich die Interessen der jeweiligen Besatzer. In Bayern beispielsweise die amerikanischen, in Niedersachsen beispielsweise die englischen.

 Bundesministerium der Justiz
Geschäftszeichen: J.A. 3111 / E2 350/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Berlin, den 29. März 2004
Eingangsstempel:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin
Telefonzentrale, Mohrenstraße 37, 10117 B
Länderservice, Friesenstraße 41, 10117 B
Telefon: 0 30 20 20 - 0
0 30 20 20 - 70
Tel. Durchwahl: 0 30 20 20 - 90 14
0 30 20 20 - 90 14
Telefax: 0 30 20 20 - 90 20
0 30 20 20 - 90 20

Schulzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm

EINGEGANGEN
31. MRZ 2004

Betr.: Überleitungsvertrag
Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr 

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl. 1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Heintze)

(Bestätigungsschreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 29.03.2004, dass Artikel 2, Absatz 1 des Überleitungsvertrages weiterhin in Kraft ist. Das heißt, dass der Besatzungszustand fortbesteht!)

Dieter Wiergowski:

Sie sprachen von Rechtsebenen? Was meinen Sie damit?

Max von Frei:

Wie Sie im meinem Buch „[Geheimakte Staatsangehörigkeit](#)“ nachlesen können, gibt es seit 1918 keinen gültigen Friedensvertrag, lediglich einen Waffenstillstand. Demnach ist der sogenannte Zweite Weltkrieg lediglich die Fortsetzung der Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs. Alle Kriegsparteien des Ersten Weltkriegs unterschrieben 1907 die Haager Landkriegsordnung, die HLKO. Dort ist genau festgelegt, wie völkerrechtlich korrekt Krieg geführt und demnach auch beendet wird. Besonderes Interesse gilt hier den Kriegsparteien. Also wer führte überhaupt mit wem Krieg?

Dieter Wiergowski:

Das heißt, welches Land mit welchem anderen Land?

Max von Frei:

Ja, noch etwas genauer. Welche hoheitliche Regierung hat welcher hoheitlichen Regierung den Krieg erklärt!

Dieter Wiergowski:

Was heißt denn hier „hoheitlich“?

Max von Frei:

Danke, das ist die alles entscheidende Frage. „Hoheitlich“ bedeutet, dass die Regierung vom Volk legitimiert wurde. Das Deutsche Kaiserreich beispielsweise legitimierte sich durch die Verfassung von 1871. Die Vereinigten Staaten wurden leider im gleichen Jahr durch die vereidigten Regierungschefs der Bundesstaaten legitim in das Handelsrecht, das sogenannte „Firmenrecht“ – vom verfassungsgemäßen USA Recht in die US Corporation – überführt. Da leider der Präsident und die jeweiligen Regierungschefs in die Falle der Banker tappten und Kredite für die Firmen der jeweiligen Bundesstaaten aufnahmen, wurden die einst hoheitlich geführten Bundesstaaten in die Handelsgesellschaft US Corporation überführt ([Deutschlands Zerstörung im Auftrag der Neuen Weltordnung – ein Jahrhundertplan kann aufgehen \(Phase 1 & 2\)](#)).

Dieter Wiergowski:

Das heißt, das Deutsche Reich besteht völkerrechtlich bis heute fort?

Max von Frei:

Ja, so ist es. Völkerrechtlich basiert es bis heute auf der Verfassung von 1871. Bei den Amerikanern ist dies allerdings anders. Dort existiert eine seit 1871 beginnende Kommerzialisierung. Seit fast 150 Jahren wird die einst freie USA in eine Firma umgebaut, die von der Hochfinanz geführt wird.



Deutscher Bundestag

Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([□ 18/5178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 ([□ 18/5033](#)). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbartländern instrumentalisiert werden kann".

[Startseite](#) ▶ [Presse](#) ▶ [Aktuelle Meldungen](#) ▶ [201506](#) ▶

[Hilfe](#) [Kontakt](#) [Inhaltsübersicht](#)

(Auf Anfrage der Partei „Die Linken“, ob das Deutsche Reich weiter fortbestehe, antwortete der Deutsche Bundestag am 30.06.2015, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist)

Dieter Wiergowski:

Da die USA die Hauptsiegermacht ist, gilt diese Kommerzialisierung also nicht nur für die USA, sondern auch für fast den gesamten Rest der Welt?

Max von Frei:

Bingo. Genauso ist es. Alle 193 Staaten, die der UNO beigetreten sind, haben mit ihrer Unterzeichnung die USA als Hauptsiegermacht anerkannt und somit der USA das Recht eingeräumt, jederzeit ohne Kriegserklärung Krieg zu führen. Denn es gibt kein Interesse an einem Friedensvertrag. Besonders auch nicht von der deutschen Regierung.

Dieter Wiergowski:

Wir sind nach diesem kurzen geschichtlichen Abriss also nun in das Jahr der sogenannten Wiedervereinigung gesprungen, zu der sogenannten deutschen Regierung?

Max von Frei:

Ja, genau. Jetzt müssen wir uns fragen, wie wir diese Regierung definieren müssen: Ist diese Regierung hoheitlich? Basiert diese Regierung auf einer vom deutschen Volk erlassenen Verfassung oder auf einem von den Alliierten vorgegebenen Grundgesetz – einem Grundgesetz, das gemäß juristischem Wörterbuch lediglich zur „Aufrechterhaltung und Ordnung im besetzten Gebiet“ erlassen wurde?

Dieter Wiergowski:

Also kommen jetzt die angekündigten Rechtsebenen ins Spiel?

Max von Frei:

Ja. Kann also die Regierung der BRD, die ja eine von den Alliierten eingesetzte Verwaltung ist, für einen hoheitlichen Friedensvertrag mit den hoheitlichen Regierungen der Kriegsparteien des Ersten Weltkriegs zeichnen?

Dieter Wiergowski:

Wenn ich das richtig verstanden habe, natürlich nicht. Denn „unsere Regierung“ ist nicht unsere Regierung. Es ist wie ein Kasperltheater. Wir dürfen die Puppen wählen. Aber die Strippen ziehen andere, die wir öffentlich nicht kennen.

Max von Frei:

Es ist sogar noch gefährlicher, als wir denken! Würden wir, wie es einst Gregor Gysi anregte, jetzt einem Friedensvertrag zustimmen, dann würde die Interessensvertretung der USA, also unsere „Bundesregierung“, auf geschäftlicher Basis Friedensverhandlungen mit den Geschäftsregierungen, den Geschäftspartnern des Zweiten Weltkriegs führen, und alle geleisteten Reparationszahlungen, die 2011 abschließend von Deutschland als einzigem Land der Welt komplett bezahlt wurden, gingen von vorne los.

Dieter Wiergowski: Für alle Personen?

Max von Frei:

Nur für die Staatenlosen. Nicht für die gesetzlichen Deutschen, die ihre Staatsangehörigkeit festgestellt haben und als Quittung für die erbrachte Leistung ihren Staatsangehörigkeitsausweis erhalten haben.

Dieter Wiergowski:

Gibt es noch weitere Besonderheiten für deutsche Staatsangehörige?

Max von Frei:

Ja, nur als gesetzlicher Deutscher hat man Anspruch auf Eigentum gemäß den Militärgesetzen der USA. Nur als Staatsangehöriger darf man die Deutschenrechte gemäß Grundgesetz in Anspruch nehmen. Nur als Deutsche(r) darf man wählen.

Dieter Wiergowski:

Aber ich bin doch Deutsche(r), mit oder ohne diesen Staatsangehörigkeitsausweis?

Max von Frei:

Ja, selbstverständlich. Wenn man von deutschen Eltern abstammt und dies beispielsweise bis vor 1914 belegen kann, dann ist diese Person nachgewiesener Deutscher. Nur wenn dies bisher nicht festgestellt wurde, dann geht

die BRD davon aus, dass der/die Personalausweisträger/in, sich lediglich mit dem Dokument eines Staatenlosen in einem besetzten Gebiet ausweisen kann und damit eben nicht den Rechtsanspruch auf die Deutschenrechte hat.

Dieter Wiergowski:

Ist es nach diesen Ausführungen überhaupt sinnvoll, wählen zu gehen?

Max von Frei:

Dies ist ein zweiseitiges Schwert. Zum einen legitimiert man durch seine Stimmabgabe eine, gemäß Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2013, illegale Regierung. Andererseits gibt man durch seine Stimme ehrlichen Politikern auch eine Chance für unsere Belange einzutreten. Beide Wege sind richtig, wenn man sie vertreten kann.

Dieter Wiergowski:

Woher kommt denn nun die Stimmungsmache gegen die sogenannten „Reichsbürger“?

Max von Frei:

Seit dem Erscheinen des Buches. „[Wenn das die Deutschen wüssten...](#)“ ist die Anzahl der Anträge auf die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit regelrecht explodiert. Immer mehr Deutsche und auch Ausländer haben die rechtliche Situation in Deutschland erkannt und wollen nun klare Verhältnisse. Dabei wird zwangsläufig der Besatzungsvorbehalt und die Situation, dass eben unsere Politiker nicht unsere Interessen vertreten, sichtbar. Diesen Erkenntnisprozess will man natürlich mit aller Macht aufhalten und erfindet dann eben die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“.

Dieter Wiergowski:

Ist die „Reichsbürgerbewegung“ eine Erfindung?

Max von Frei:

Ja, sie ist eine Fiktion. Sehr geschickt eingefädelt. Denn eine Fiktion ist nicht widerlegbar. Sie ist ja eben eine Erfindung. Und dieses selbst kreierte Kunstwerk lässt sich nicht so einfach widerlegen – weil sie eben nicht auf widerlegbaren Tatsachen basiert, sondern auf Vermutungen, bössartigen Verleumdungen und Unterstellungen. Dies alles sind die Vorboten einer Diktatur. Hier sieht man, wie mit Hilfe der erdachten „Reichsbürgerbewegung“ Willkür in unsere Justiz einzieht.

Dieter Wiergowski:

Und wie kommt man da wieder raus?

Max von Frei:

Nur indem man die gültigen Gesetze kennt und auf die Einhaltung dieser besteht. Denn Gesetze schützen vor Willkür. Hier ist genau definiert, was sein darf und was nicht. Was nicht definiert ist, kann keine gültige gesetzliche Grundlage haben. So kann auch die Abgrenzung von der Fiktion zum gültigen Gesetz gelingen. Denn es gab tatsächlich Reichsbürger! Im Nationalsozialismus: Dies waren Deutsche, die durch besondere Treue zum Führer den sogenannten „Reichsbürgerbrief“ erhielten und besondere Rechte eingeräumt bekamen.

Dieter Wiergowski:

Wie alt müsste ich denn sein, um „Reichsbürger“ – rechtlich gesehen – überhaupt sein zu können?

Max von Frei:

Das ist eine gute Frage. Du müsstest Mitte der 1930iger- Jahre des vergangenen Jahrhunderts zumindest volljährig gewesen sein, also heute mindestens 100 Jahre alt. Dazu kommt, dass dieses Reichsbürgergesetz 1945 von den Alliierten verboten wurde. Die Verbindung dieses verbotenen Gesetzes mit dem Namen „Reichsbürger“ ist eine Volksverhetzung im Sinne des § 130 des Strafgesetzbuches. Dies könnte den Systemschreibern noch einmal auf die Füße fallen.

Dieter Wiergowski:

Das heißt, die sogenannte Reichsbürger-Bewegung ist ein kreierter Straftatbestand?

Max von Frei:

Ja, sogar ein sehr gefährlicher. Denn Hitler wollte die Souveränität, die Macht der Einzelstaaten ausschalten, um eine geltende Reichsangehörigkeit einzuführen. Und was hat unsere Bundesregierung 2010 gemacht? Sie hat diese Hitlerverordnung in unser Staatsangehörigkeitsrecht überführt.

Nun bezeichnet die BRD ausgerechnet die Leute, die gegen diese Reichsangehörigkeit vorgehen, als „Reichsbürger“ – also genau diejenigen Bürger, die mit ihrem Antrag auf die Einzelstaatlichkeit verweisen und sich somit offen gegen diese Hitlerverordnung wenden.

Dieter Wiergowski:

Wie verhalten sich denn dann die Sachbearbeiter, die die Anträge auf die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit bearbeiten?

Max von Frei:

Sehr unterschiedlich. Genauer gesagt arbeiten sie meist richtig, wenn man ihnen mit fundiertem Wissen gegenübertritt. Dann können sie nicht anders, als es richtig zu machen. Doch haben sie von den obersten Vorgesetzten eine Aufforderung erhalten, alles zu unternehmen, dass der Staatsangehörigkeitsausweis nicht ausgestellt wird.

Dieter Wiergowski:

Wieso denn das?

Max von Frei:

Weil mit jedem Staatsangehörigen eine neue „Person“ geschaffen wird, die in der Lage ist, den Weg für einen hoheitlichen Friedensvertrag mit den Alliierten vorzubereiten. Dann wäre die Verwaltung mit all ihren Pfründen und Lobbyisten Schnee von gestern, und die Macht ginge an uns zurück.

Dieter Wiergowski:

Doch daran dürften die Alliierten doch gar kein Interesse haben, wenn die Regierung der BRD als sozusagen „Subunternehmen“ der USA erfolgreich arbeitet?

Max von Frei:

Es gibt neben der US Corporation noch im Hintergrund die ehemalige hoheitliche USA mit ihrer Verfassung. Die Situation ist mit der BRD und dem Deutschen Reich vergleichbar. Das Deutsche Reich besteht fort, ist jedoch mangels fehlender Organisation handlungsunfähig. Die USA ist von der Hochfinanz feindlich übernommen worden. Geschichtlich versierte Leute in den USA, und auch weltweit, wissen, dass die Chance für einen Weltfrieden und somit auch die Auflösung der Weltherrschaft durch die Hochfinanz in Deutschland liegt. Von hier aus kann das Geschäftsmodell EU, US Corporation, UNO und NATO aufgelöst werden. Die

Geschäftsregierungen der Welt können dann wieder durch hoheitliche Regierungen ersetzt werden. Sprich: Die Macht geht dann wieder zurück an die jeweiligen Völker!

Und es gibt Amerikaner, die nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Gestaltung des Grundgesetzes mitgewirkt haben, um genau diesen Weltfrieden möglich zu machen. Eben durch den Artikel 116 des Grundgesetzes. Darum dreht sich das Buch und erklärt die einzelnen Schritte, die nötig sind.

Dieter Wiergowski:

Das heißt, auf den Deutschen liegt wieder einmal eine große Verantwortung und zugleich eine riesige Chance?

Max von Frei:

Ja, alle derzeitigen aktuellen Probleme wären in der Folge lösbar. Das Abhören hätte ein Ende, der Polizeistaat wäre nicht mehr notwendig. Die Pressefreiheit könnte dann vielleicht erstmals in der Geschichte erreicht werden. Die horrenden Steuerabgaben zur Finanzierung der weltweiten Angriffskriege wären nicht mehr nötig. Die industrielle Landwirtschaft Monsanto und Co. könnte wieder durch eine natürliche Anbauweise und Artenvielfalt ersetzt werden. Die pharmagesteuerte Medizin könnte wieder einer ganzheitlichen, dem Menschen dienenden Medizin weichen. Die egozentrische Menschheit könnte sich ihrer Gemeinschaft bewusst werden, um neue gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die auf einem „Mit“- Einander anstatt einem „Gegen“-Einander basieren.

<p>Company Profile Page</p> <p>Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft Mit Beschränkter Haftung</p> <p>Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH Barrhöfer 16-18 Bad Homburg, 61352, Germany</p>	<p>Phone: 6172108450 Website: View Details</p> <p>Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft Mit Beschränkter Haftung is a private company categorized under Miscellaneous Business Credit Institutions and located in Bad Homburg, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional details.</p>
<p>Als Bundesschuldenverwaltung (BSV) wurde bis Ende 2001 die Bundeswertpapierverwaltung (BWV) in Bad Homburg genannt, und schließlich am 01. August 2006 in die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH umgewandelt wurde. (siehe auch S. 6)</p> <p>www.finanztreuhand.de/bundesschuldenverwaltung_2049.html</p>	
<p>Company Profile Page</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen Harthaar-Dopp-Str 5 Dresden, 01099, Germany</p> <p>www.bmfte.com</p>	<p>Phone: 35181610 Website: Information</p> <p>Bundesministerium Der Finanzen is a private company categorized under Customs Bureau and located in Dresden, Germany. Our records show it was established in and incorporated in . Register for free to see additional details.</p> <p>(...) ist eine private Firma, kategorisiert unter (...) und befindet sich in (...) Deutschland. Unsere Aufzeichnungen zeigen, es wurde gegründet und amtlich eingetragen.</p>

(Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH ist ein privates Unternehmen mit Sitz in Bad Homburg. Auch das Bundesministerium der Finanzen ist ein privates Unternehmen mit Sitz in Dresden)

Dieter Wiergowski:

Dafür sollte sich doch jeder interessieren und die Mühen auf sich nehmen, um all das, was in dem Buch steht, zu verstehen und umsetzen zu können. Es lohnt sich. Es ist sozusagen eine soziale Verpflichtung, sich dieses Themas anzunehmen. Noch ist die Türe dazu offen.

Max von Frei:

Ja. Denn viele Erfinder, z.B. wie die der „Freien Energie“, medizinischer Innovationen oder umwelttechnischer Möglichkeiten, kommen mit ihren, der Menschheit dienenden Erfindungen nicht durch. Sie werden blockiert und verstehen nicht, wieso.

Dieter Wiergowski:

Ich fasse zusammen: Die BRD darf sich „Staat“ nennen und ist das Verwaltungsorgan der Alliierten. Sie darf geschäftlich tätig werden, z.B. durch die gegründete Finanzagentur „Deutschland GmbH“. Völkerrechtlich besteht das „Deutsche Reich“ weiter. Das heißt: Wer lediglich einen Personalausweis besitzt, gilt als „staatenlos“. Ihm gehört rechtlich gesehen nichts: weder sein Haus noch sein Geld auf der Bank. Sein Eigentum sichern kann man aber, indem man bei der Stadt einen „Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit“ beantragt. Den bekommt man nicht so einfach, sondern man muss mit Nachdruck das Ganze fordern, da die Angestellten angewiesen sind, ihn eben nicht so leicht herauszugeben. Übrigens: Jeder Beamte muss einen solchen „Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit“ haben. Stimmt meine Zusammenfassung soweit?

Max von Frei:

Das ist alles richtig.

Dieter Wiergowski:

Gibt es zum Beispiel eine Liste mit Rechtsanwälten, die jemanden, der einen solchen Antrag stellen möchte, unterstützen?

Max von Frei:

Leider nicht. Denn wenn es sie gäbe, würden diese sofort überrannt werden, dass die Kammer ein Auge auf sie wirft, und sie dann Schwierigkeiten bekommen würden.

Dieter Wiergowski:

Muss man mit Polizeibesuch rechnen, wenn man einen „Staatsangehörigkeitsausweis nach Abstammung“ beantragt? Was sagt man denen dann?

Max von Frei:

Heute wahrscheinlich nicht mehr. Der Polizeibesuch hatte, soweit mir bekannt, überwiegend in Oberbayern bzw. im südlichen Raum Deutschlands stattgefunden, und dann meist in Verbindung mit einem Jagd- bzw. Waffenschein. Doch dazu gibt es mehrere Interviews auf unserer Homepage: www.bewusst-handeln.eu bzw. bei www.bewusst.tv

Dieter Wiergowski:

Wenn es zum Beispiel 5 Millionen Menschen gibt, die einen „Staatsangehörigkeitsausweis“ haben, was kann man damit bewirken und verändern?

Max von Frei:

Dann gibt es die Möglichkeit, der Hauptsiegermacht die Bereitschaft anzuzeigen, auf ein Angebot zu Friedensverhandlungen eingehen zu können. Mehr dazu, wenn das Ziel erreicht ist...

Dieter Wiergowski:

Dann lieben herzlichen Dank für Ihre ganze Mühe, aber es wird vielen Menschen sehr viel helfen.

Max von Frei:

Und Ihnen herzlichen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit eingeräumt haben, diese wichtigen Informationen mit Ihnen zu teilen ([Neue Weltordnung: Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag und finanziert US-Truppen im eigenen Land](#)).

Weitere Artikel:

<https://www.pravda-tv.com/2018/08/bundesregierung-muss-zum-staatsangehoerigkeitsausweis-stellung-beziehen-sind-wahlen-illegal/>

<https://www.pravda-tv.com/2018/08/regierungsantwort-wirft-fragen-auf-welches-regierungsmitglied-besitzt-einen-staatsangehoerigkeitsausweis/>

[Konstrukt Deutschland: Wer oder was ist eigentlich der BUND](#)

[Deutschlands Zerstörung im Auftrag der Neuen Weltordnung – ein Jahrhundertplan kann aufgehen \(Phase 1 & 2\)](#)

[Erster offener Brief des Souveräns an den Deutschen Bundestag](#)

[Ein Meisterstück der Propaganda: „Die Bundesrepublik Deutschland“ ist „souverän“](#)

[Deutschland im Umbruch: Eine Republik wird abgewickelt](#)

[Unfassbar: Merkel macht Deutschland zum Handlanger der USA](#)

[Deutsche Regierung auf Kriegskurs: Blankoscheck zum Bruch des Völkerrechts](#)

[Neue Weltordnung: Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag und finanziert US-Truppen im eigenen Land](#)

[„Wegen russischer Bedrohung“: Britische Besatzungstruppen sollen weiter in Deutschland bleiben](#)

[Ist Deutschland ein souveräner Staat? Man möchte es gern meinen \(Videos\)](#)

[Geheimnis gelüftet: Vereinte Nationen stufen Deutschland als „Feindstaat“ ein \(Videos\)](#)

[Deutschland: Die Jahrhunderttäuschung – oder, wie ein ganzes Volk versklavt wird \(Videos\)](#)

[Wiedervereinigung: Deutschland weiter ohne Friedensvertrag \(Videos\)](#)

[Zwei-plus-Vier-Vertrag: “Wir wollten ja keinen Friedensvertrag”](#)

[Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte zur Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland \(Videos\)](#)

[Deutschland: Versteckte Besatzung – Sie finanzieren den „geheimen Krieg“ der USA mit!](#)